

Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort)

(Datum)

Rheinbahn AG

über den elektronischen Projektraum

Teilnahmeantrag

Vergabe Generalplanung Neubau Betriebshof Düsseldorf-Rath

1

Wir* beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung der vorbezeichneten Planungsleistungen.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Wir bewerben uns

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbungsgemeinschaft

4

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 AentG, § 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 22 Abs. 1 LkSG
- ☐ Vordruck 4: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014

* Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbungsgemeinschaften.

- ☐ Vordruck 5: Erklärung zu Umsatz und Versicherungsschutz
- ☐ Vordruck 6: Erklärung zur Anzahl der Beschäftigten und Planungssoftware
- ☐ Vordruck 7: Referenz(en)
- ☐ Vordruck 8: Eignungsleihe
- ☐ Vordruck 9: Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher
- ☐ Vordruck 10: (soweit erforderlich): Bewerbungsgemeinschaftserklärung
- ☐ Vordruck 11: Verpflichtung zur Geheimhaltung
- ☐
- ☐

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

(Ort)

(Datum)

(Name der erklärenden Person)

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags über das Bietertool des Vergabeportals DTVP gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternehmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen.

Hinweis

Bewerber/Bewerbungsgemeinschaften, die die im Folgenden durch den Vermerk **(M)** gekennzeichneten Mindestbedingungen nicht vollumfänglich erfüllen, weisen aus Sicht der Rheinbahn AG nicht die erforderliche Eignung auf und werden daher nicht am weiteren Verfahren beteiligt.

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/Fax/eMail):	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Handelsregister:	
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

Ausfüllhinweis

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag ausgefüllt abzugeben.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124, 142 GWB

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erkläre ich, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist. Insbesondere ist mitzuteilen, inwieweit Maßnahmen der Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB ergriffen wurden.)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

(Ort, Datum)

Unterschrift in Textform gem. § 126 b BGB

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um eine Bergewergemeinschaft handelt, ist die geforderte Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB sowie auf das Instrument der sog. Selbstreinigung wird auf folgenden Text der §§ 123, 124, 125 GWB verwiesen:

§ 123 GWB - Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 GWB - Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

§ 125 GWB – Selbstreinigung

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber oder nach § 8 des Wettbewerbsregistergesetzes dem Bundeskartellamt nachgewiesen hat, dass es
1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
 2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
 3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
- § 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.
- (2) Bei der Bewertung der von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen sind die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens zu berücksichtigen. Die Entscheidung, dass die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend bewertet werden, ist gegenüber dem Unternehmen zu begründen.

Vordruck 3: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 AentG, § 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 22 Abs. 1 LkSG

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erkläre ich, dass

(bitte durch Ankreuzen durchweg bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist.)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.d. § 19 Abs. 1 Mindestlohn-gesetz (MiLoG) vorliegt,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.d. § 21 Abs. Arbeitnehmer-entsendegesetz (AentG) vorliegt,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.d. § 21 Abs. 1 Schwarzar-beitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) vorliegt,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.d. § 22 Abs. 1 Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegt.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und ent-sprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

(Ort, Datum)

Unterschrift in Textform gem. § 126 b BGB

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um eine Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist die geforderte Erklärung von allen Mitglie-dern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 vom 18.12.2023 öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen, der in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe fällt, oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise an einem entsprechenden Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

Ort, Datum

Unterschrift in Textform gem. § 126 b BGB

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 5: Erklärung zu Umsatz und Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Gesamtumsatz des Unternehmens, bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre:

Geschäftsjahr: _____ Netto-Umsatz gesamt: _____ Mio. €

Geschäftsjahr: _____ Netto-Umsatz gesamt: _____ Mio. €

Geschäftsjahr: _____ Netto-Umsatz gesamt: _____ Mio. €

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich erkläre, dass aktuell bereits eine gültige, Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10,0 Mio. EUR für Personen-, Sach- und Vermögensschäden je Versicherungsfall, zweifach maximiert, besteht.
- ☐ Hiermit erkläre ich unwiderruflich und unbedingt, dass die Bereitschaft besteht, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um eine Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Es wird ein **Mindestjahresumsatz** des Bewerbers bzw. der Bietergemeinschaft, bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, **in Höhe von im Durchschnitt netto 30 Mio. EUR zwingend gefordert** (Mindestanforderung M). Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die nicht über diesen Mindestjahresumsatz verfügen, weisen aus Sicht der Rheinbahn AG nicht die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit auf.

Vordruck 6: Angaben zu Beschäftigten und Planungssoftware

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Anzahl Beschäftigte (einschl. Inhaber/Geschäftsführung)	Geschäfts- jahr _____	Geschäfts- jahr _____	Geschäfts- jahr _____	aktuell
Architekten/Architektinnen				
Ingenieure/Ingenieurinnen				
sonstige Beschäftigte				
Beschäftigte insgesamt				

Bitte durch Ankreuzen bestätigen (Mindestanforderung M):

Wir sind bereit und in der Lage

- ☐ die CAD-Pläne im Auftragsfall mit einer CAD-Software zu erstellen, die komplett kompatibel zu der bei der Rheinbahn AG im Einsatz befindlichen Software Auto-CAD ist.
- ☐ die Leistungsverzeichnissen im Rahmen der Planung mit einer AVA-Software zu erstellen, welche über die GAEB-Schnittstellen kompatibel zu der bei der Rheinbahn AG im Einsatz befindlichen Software "Futura Solutions" ist.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um eine Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Bewerber/ Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft in der Summe müssen in den letzten 3 Geschäftsjahren im Durchschnitt über **mindestens 50 Beschäftigte** verfügt haben, darunter im Durchschnitt **mindestens 30 Architekten/Ingenieure** (Mindestanforderung M). Anderenfalls fehlt die aus Sicht der Rheinbahn erforderliche technische Leistungsfähigkeit.

Vordruck 7: Referenzen

Nach Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung und den Angaben unter Ziff. 2.2.1 des Dokuments „Verfahrensbedingungen“ sind mindestens folgende Referenzen nachzuweisen (**Mindestanforderungen M**):

- Eine Referenz über Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume i.S.d. § 34 HOAI sowie der Fachplanung der Technischen Ausrüstung i.S.d. § 55 HOAI in mindestens 3 Anlagengruppen, welche sämtliche folgende Kriterien erfüllt:
 - Leistungen der Lph. 2 – 8 wurden vollständig erbracht, davon Leistungen der Objektplanung im eigenen Büro,
 - Referenz betrifft Neubau eines Betriebshofs, eines großen technischen Infrastrukturgebäudes, eines komplexen Betriebs- und Logistikgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes,
 - Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 > 50 Mio. €,
 - Fertigstellung des Referenzobjekts nach 01.01.2016.
- Eine Referenz über Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung i.S.d. § 55 HOAI in der Anlagengruppe 4 (Starkstromanlagen), welche sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:
 - Leistungen der Leistungsphasen 1-8 wurden vollständig im eigenen Büro erbracht,
 - Referenz betrifft Planung der Ladeinfrastruktur für Elektrobusse.
- Eine Referenz über Leistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen i.S.d. § 47 HOAI, welche sämtliche folgende Kriterien erfüllt:
 - Leistungen der Lph. 2 – 8 wurden vollständig erbracht, davon mindestens die Lph. 2-4 im eigenen Büro,
 - Referenz betrifft Neubau eines Betriebshofs, eines großen technischen Infrastrukturgebäudes, eines komplexen Betriebs- und Logistikgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes,
 - Referenz umfasst Planung von Anlagen des Schienenverkehrs,
 - Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 > 50 Mio. €,
 - Fertigstellung des Referenzobjekts nach 01.01.2016.
- Eine Referenz über Leistungen der Tragwerksplanung i.S.d. § 51 HOAI, welche sämtliche folgende Kriterien erfüllt:
 - Leistungen der Lph. 2 – 6 wurden vollständig erbracht,
 - Referenz betrifft Neubau eines Betriebshofs, eines großen technischen Infrastrukturgebäudes, eines komplexen Betriebs- und Logistikgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes,

- Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 > 50 Mio. €,
 - Fertigstellung des Referenzobjekts nach 01.01.2016.
- Eine Referenz über Leistungen der Fachplanung Bauphysik, welche sämtliche folgende Kriterien erfüllt:
- Leistungen der Lph. 2 – 6 wurden vollständig erbracht,
 - Referenz betrifft Neubau eines Betriebshofs, eines großen technischen Infrastrukturgebäudes, eines komplexen Betriebs- und Logistikgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes,
 - Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 > 50 Mio. €,
 - Fertigstellung des Referenzobjekts nach 01.01.2016.
- Eine Referenz über Leistungen der Fachplanung Brandschutz, welche sämtliche folgende Kriterien erfüllt:
- Leistungen der Lph. 2 – 6 wurden vollständig erbracht,
 - Referenz betrifft Neubau eines Betriebshofs, eines großen technischen Infrastrukturgebäudes, eines komplexen Betriebs- und Logistikgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes,
 - Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 > 50 Mio. €,
 - Fertigstellung des Referenzobjekts nach 01.01.2016.

Zur Indexierung der Baukosten siehe die Hinweise unter Ziff. 2.2.1 der Verfahrensbedingungen.

Ausfüllhinweise

Das nachfolgende Formular kann mehrfach verwendet werden.

Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers) zugeordnet werden können, dessen Referenzen zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit mit dem Angebot angeführt werden.

Die Vergabestelle behält sich die Überprüfung der Referenzangaben bei den Referenzauftraggebern sowie eigene Ermittlungen vor. Aus diesem Grund ist, wenn möglich, zu jeder Referenz ein Ansprechpartner mit Kontaktdaten anzugeben.

Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die nicht über die geforderten Referenzen verfügen oder deren eingereichte Referenzen (eigene Referenzen oder Referenzen eines vorgesehenen Nachunternehmers als Eignungsverleiher) nicht die jeweils genannten Mindestbedingungen (M) vollständig erfüllen, weisen aus Sicht der Rheinbahn AG nicht die erforderliche technische Leistungsfähigkeit auf. Eine Nachforderung weiterer Referenzangaben, mit denen die Mindestanforderungen erfüllt werden können, ist nicht zulässig und wird daher nicht erfolgen.

Inhaber der Referenz: _____

Referenznummer: _____

Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie möglichst Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Baumaßnahme:	Neubau eines <input type="checkbox"/> Betriebshofs <input type="checkbox"/> technischen Infrastrukturgebäudes <input type="checkbox"/> Betriebs- und Logistikgebäudes <input type="checkbox"/> _____
Leistungs-/Planungszeitraum:	
Baukosten KG 300-500 nach DIN 276 netto:	
Auftragsgegenstand:	
<input type="checkbox"/> Objektplanung Gebäude und Innenräume i.S.d. § 34 HOAI in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____, davon im eigenen Büro erbracht _____ <input type="checkbox"/> Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung i.S.d. § 55 HOAI der Anlagengruppen _____ in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____ davon im eigenen Büro erbracht _____ <input type="checkbox"/> Objektplanung Verkehrsanlagen i.S.d. § 47 HOAI in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____ davon im eigenen Büro erbracht _____ <input type="checkbox"/> Leistungen der Tragwerksplanung i.S.d. § 51 HOAI in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____	

- ☐ Leistungen der Fachplanung Bauphysik
in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____
- ☐ Leistungen der Fachplanung Brandschutz
in den Leistungsphasen (vollständig erbracht) _____

Sonstiges:

Merkmale des Referenzprojekts/ weitere Beschreibung:

- ☐ Referenzprojekt ist nach dem 01.01.2016 fertiggestellt (Abnahme der Bauleistungen/ Inbetriebnahme).
- ☐ Referenz betrifft Bahnhof/ Betriebshof für öffentliche Verkehrsmittel
- ☐ Referenz umfasst Planung von Anlagen des Schienenverkehrs
- ☐ Referenz betrifft Planung der Ladeinfrastruktur für Elektrobusse
- ☐ Referenzprojekt wurde mit Generalunternehmer realisiert

Weitere Angaben:

Vordruck 8: Eignungsleihe

Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann sich zum Nachweis seiner/ ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und/ oder seiner/ ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen stützen („Eignungsleihe“). **Hierzu sind diese anderen Unternehmen (Dritte) im Teilnahmeantrag zu benennen und die in der Auftragsbekanntmachung bezeichneten Unterlagen zum Eignungsnachweis für diese Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft auf die Kapazitäten der Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft.**

Im Falle der Eignungsleihe ist mit dem Teilnahmeantrag anhand des bereitgestellten Vordrucks „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ (Vordruck 8) eine Erklärung der benannten eignungsrelevanten Dritten vorzulegen, dass dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung die für den Auftrag erforderlichen Mittel der benannten Dritten tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Weiter ist Folgendes zu beachten:

- Nimmt ein Bewerber/ eine Bewerbergemeinschaft die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, wird gem. § 47 Abs. 3 SektVO eine gemeinsame Haftung des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangt. Die Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens muss eine entsprechende Haftungserklärung enthalten.
- Ein Bewerber/ eine Bewerbergemeinschaft kann sich im Hinblick auf die erforderliche technische Leistungsfähigkeit nur dann auf die Referenzen eines anderen Unternehmens berufen, wenn dieser im Auftragsfall die Leistungen erbringt, für die der Bieter/ die Bietergemeinschaft auf seine Erfahrung mit entsprechenden Leistungen verweist (vgl. §§ 47 Abs. 1 S. 3 SektVO).

Erfüllt ein eignungsrelevanter Dritter das entsprechende Eignungskriterium nicht oder liegt bei diesem ein Ausschlussgrund gem. §§ 123, 124 GWB vor, muss der Bewerber diesen innerhalb einer von der Vergabestelle bestimmten Frist ersetzen, vgl. § 47 Abs. 2 SektVO.

Dies vorausgeschickt, erklären wir, dass wir uns zum Nachweis unserer Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten der folgenden Unternehmen wie folgt stütze:

Unternehmen	Anforderungen, bzgl. welcher auf die Kapazitäten des Unternehmens zurückgegriffen wird (zutreffendes ankreuzen)
Name des Unternehmens: Anschrift: Ansprechpartner: Telefon: Telefax: E-Mail	<input type="checkbox"/> Umsatz <input type="checkbox"/> Haftpflichtversicherungsschutz <input type="checkbox"/> Referenzen
Name des Unternehmens: Anschrift: Ansprechpartner: Telefon: Telefax: E-Mail	<input type="checkbox"/> Umsatz <input type="checkbox"/> Haftpflichtversicherungsschutz <input type="checkbox"/> Referenzen
Name des Unternehmens: Anschrift: Ansprechpartner: Telefon: Telefax: E-Mail	<input type="checkbox"/> Umsatz <input type="checkbox"/> Haftpflichtversicherungsschutz <input type="checkbox"/> Referenzen

Vordruck 9: Verpflichtungserklärung

Name und Adresse des sich verpflichtenden Unternehmens:

.....

.....

.....

.....

1

Wir verpflichten uns hiermit gegenüber der Rheinbahn AG, im Falle der Auftragserteilung an den/die dem Bewerber/ Bewerbergemeinschaft

.....

diesem/dieser mit den erforderlichen Kapazitäten unseres Unternehmens für die nachfolgend aufgeführten (Teil-) Leistung/en zur Verfügung zu stehen

Leistungsteil, der durch unser Unternehmen als Nachunternehmer ausgeführt wird, wenn möglich unter Bezugnahme auf das Ausschreibungs-LV

2

Nur anzukreuzen, falls im konkreten Fall zutreffend:

- ☐ Der/die o.g. Bewerber/Bewerbergemeinschaft nimmt zum Nachweis seiner/ihrer Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Unternehmens in Anspruch.

Wir verpflichteten uns gegenüber der Rheinbahn AG, im Falle der Auftragserteilung an den/die o.g. Bewerber/Bewerbergemeinschaft mit diesem/dieser gemeinsam in dem

Umfang für die Auftragsausführung zu haften, in dem er auf unsere Kapazitäten verwiesen hat.

3

Wir versichern, dass in Bezug auf unser Unternehmen

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen;
☐ keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Die Rheinbahn AG wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

....., den	
(Ort)	(Datum)
.....	
(Unterschrift in Textform gem. § 126b BGB*)	

*** Mit der Eintragung des Namens der die Erklärung abgebenden natürlichen Person am Ende des Formulars gilt das Formular als unterschrieben. Eine handschriftlich eigenständige Unterschrift ist nicht erforderlich. Zusätzlich zum Namen einer natürlichen Person ist zur Wahrung der Textform bei juristischen Personen oder Handelsgesellschaften erforderlich, dass der Firmenname und die Rechtsform genannt werden (Bsp.: Max Mustermann, Mustermann AG)**

Vordruck 10: Bewerbergemeinschaftserklärung

Folgende Unternehmen haben für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gebildet:

Mitglied der Bewerbergemeinschaft:	Name und Rechtsform:	
	Straße:	
	PLZ, Ort:	
	Ansprechpartner:	
	Telefon:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	
Mitglied der Bewerbergemeinschaft:	Name und Rechtsform:	
	Straße:	
	PLZ, Ort:	
	Ansprechpartner:	
	Telefon:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	
Mitglied der Bewerbergemeinschaft:	Name und Rechtsform:	
	Straße:	
	PLZ, Ort:	
	Ansprechpartner:	
	Telefon:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	
Mitglied der Bewerbergemeinschaft:	Name und Rechtsform:	
	Straße:	
	PLZ, Ort:	
	Ansprechpartner:	
	Telefon:	
	Telefax:	
	E-Mail-Adresse:	

1. Wir benennen das Mitglied

.....
.....
(Name und Anschrift des bevollmächtigten Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

als bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft und bevollmächtigen dieses,
vertreten durch Herrn/Frau

.....
in Bezug auf das vorliegende Vergabeverfahren mit

- der Unterzeichnung und Abgabe des Teilnahmeantrages und der Angebote,
- der Führung von Aufklärungen/ Verhandlungen im Rahmen dieser Ausschreibung
- der Abgabe von verbindlichen Erklärungen mit Wirkung für und gegen die Bietergemeinschaft
- dem Abschluss von Verträgen
- Entgegennahme von Zahlungen

im Namen der Bewerbergemeinschaft.

2. Eine Änderung der Zusammensetzung der Bewerbergemeinschaft ist der Rheinbahn AG anzuzeigen. Die Rheinbahn AG wird prüfen, ob die Bewerber-/Bietergemeinschaft vom Verfahren auszuschließen ist oder ob nach erneuter Eignungsprüfung im Verfahren verbleibt.
3. Wir erklären, dass im Zuschlagsfall die Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch für alle Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit der Auftragsausführung haftet.
4. Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i.S.d. § 1 GWB:

Hiermit erklären wir – sämtliche o.g. Mitglieder der o.g. Bewerbergemeinschaft – ausdrücklich, dass die Bildung unserer Bewerbergemeinschaft aus den unten näher genannten Gründen keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt und wir keine diesbezügliche wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen haben.

Aus unserer Sicht ist der Zusammenschluss zu einer Bewerbergemeinschaft aus folgenden Gründen wettbewerbsunschädlich:

Bitte – soweit zutreffend – ankreuzen:

- ☐ Die an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen sind jedes für sich zu einer Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot aufgrund ihrer betrieblichen und geschäftlichen Verhältnisse (z.B. mit Blick auf Kapazitäten, technische Einrichtungen und/oder fachliche Kenntnisse) nicht leistungsfähig. Erst der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft versetzt sie in die Lage, sich daran mit Erfolgsaussicht zu beteiligen.

- ☐ Die an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen sind für sich genommen zwar grundsätzlich leistungsfähig (verfügen insbesondere über die erforderlichen Kapazitäten). Die grundsätzlich bestehenden Kapazitäten sind aufgrund anderweitiger Bindung aktuell jedoch nicht einsetzbar.
- ☐ Die an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen sind für sich genommen leistungsfähig. Im Rahmen einer wirtschaftlich zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Entscheidung ermöglicht aber erst der Zusammenschluss ein erfolgversprechendes Angebot.

Wir sind bereit, unsere Beweggründe für einen Zusammenschluss auf Aufforderung der Rheinbahn AG im Einzelnen darzulegen.

.....,	den
(Ort)	(Datum)
.....	
(Unterschrift in Textform gem. § 126b BGB)*	

.....,	den
(Ort)	(Datum)
.....	
(Unterschrift in Textform gem. § 126b BGB)*	

.....,	den
(Ort)	(Datum)
.....	
(Unterschrift in Textform gem. § 126b BGB)*	

....., (Ort)	den (Datum)
..... (Unterschrift in Textform gem. § 126b BGB)*	

- * Mit der Eintragung des Namens der abgebenden natürlichen Person am Ende des Formulars gilt das Formular als unterschrieben. Eine handschriftlich eigenständige Unterschrift ist nicht erforderlich. Zusätzlich zum Namen einer natürlichen Person ist zur Wahrung der Textform bei juristischen Personen oder Handelsgesellschaften erforderlich, dass der Firmenname und die Rechtsform genannt werden (Bsp.: Max Mustermann, Mustermann AG).

Vordruck 11: Verpflichtung zur Geheimhaltung

Im Zuge des weiteren Vergabeverfahrens kann es notwendig sein, dem Empfänger (hier: zur Abgabe eines Angebots aufgeforderte(r) Bewerber/Bewerbergemeinschaft) vertrauliche Informationen offenzulegen. Da sich die Parteien im Klaren sind, dass die Geheimhaltung der offengelegten Informationen zur Vermeidung erheblicher wirtschaftlicher Schäden von höchstem Interesse ist und um einen möglichst umfassenden Schutz dieser vertraulichen Informationen zu ermöglichen, wird Folgendes vereinbart:

1. „Vertrauliche Informationen“ im Sinne dieser Vereinbarung sind sämtliche Informationen, insbesondere Materialien, Daten, Modelle, Unterlagen, Pläne und Kenntnisse, die vom Offenlegenden (Rheinbahn AG), gleichgültig ob mündlich, visuell, schriftlich, maschinell lesbar, auf Datenträger oder in Form eines körperlichen Gegenstandes übertragen und vom Empfänger in Zusammenhang mit der Maßnahme empfangen werden, sowie die Tatsache, dass maßnahmenbezogene Gespräche geführt werden.
2. Für die Dauer dieser Vereinbarung und einen Zeitraum von drei (3) Jahren nach deren Beendigung (vgl. Punkt 8) verpflichtet sich der Empfänger:
 - a) vertrauliche Informationen streng vertraulich zu behandeln und sie Dritten nicht offen zu legen;
 - b) vertrauliche Informationen ausschließlich für die Maßnahme zu benutzen;
 - c) vertrauliche Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Offenlegenden für andere Zwecke als die Zusammenarbeit mit der Rheinbahn zur Ausführung der Maßnahme zu benutzen;

Sollten personenbezogene Daten ausgetauscht werden, verpflichtet sich der Empfänger zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gemäß DSGVO und BDSG.

3. Die genannten Geheimhaltungsverpflichtungen des Empfängers gelten nicht für Informationen,
 - a) deren Freigabe schriftlich durch den Offenlegenden zugestimmt wurde;
 - b) die dem Empfänger vor Offenlegung durch den Offenlegenden bekannt waren;
 - c) die öffentlich bekannt werden, ohne dass ein Verstoß gegen diese Vereinbarung vorliegt;
 - d) die aufgrund des Gesetzes, behördlicher Anordnung oder durch gerichtlichen Beschluss offengelegt werden müssen.

Der Empfänger, der sich auf einen der unter a) - d) genannten Gründe beruft, hat diesen anhand schriftlicher Unterlagen nachzuweisen.

4. Der Empfänger wird die vertraulichen Informationen mit derselben Sorgfalt schützen, wie eigene vertrauliche Informationen vergleichbarer Art. Diese Sorgfalt beinhaltet bezüglich der vertraulichen Informationen des Offenlegenden zumindest folgende Schutzvorkehrungen:
 - a) nur diejenigen Mitarbeiter des Empfängers, die zur Ausführung der Maßnahme unerlässlich sind, erhalten Zugang/Zugriff zu vertraulichen Informationen, und

- b) der Zugang/Zugriff wird auf den Umfang vertraulicher Informationen beschränkt, der für den einzelnen Mitarbeiter zur Ausführung seiner Aufgabe notwendig ist (Erforderlichkeitsprinzip).
 - c) Wenn Subunternehmer eingeschaltet und vertrauliche Informationen offengelegt werden, muss vor Weitergabe der Daten (Informationen) zwischen dem Empfänger und dem Subunternehmer ebenfalls eine gleichlautende Geheimhaltungsvereinbarung geschlossen werden.
5. Auf schriftliches Verlangen des Offenlegenden wird der Empfänger dem Offenlegenden unverzüglich alle vertraulichen Informationen (einschließlich aller Kopien davon) zurückgeben, spätestens aber unaufgefordert nach Ende der Maßnahme.

Die Vernichtung elektronisch gespeicherter Vertraulicher Informationen erfolgt durch die vollständige und unwiderrufliche Löschung der Dateien.

Vollständige und unwiderrufliche Löschung bedeutet bei elektronisch gespeicherten Vertraulichen Informationen, dass die Vertraulichen Informationen derart gelöscht werden, dass jeglicher Zugriff auf diese Informationen unmöglich wird.

Ausgenommen hiervon sind - neben vertraulichen Informationen, bzgl. derer eine Aufbewahrungspflicht besteht - vertrauliche Informationen, deren Vernichtung bzw. Rückgabe technisch nicht möglich ist, z. B. da sie aufgrund eines automatisierten elektronischen Backup-Systems zur Sicherung von elektronischen Daten in einer Sicherungsdatei gespeichert wurden.

Auf Verlangen des Offenlegenden hat der Empfänger schriftlich zu versichern, dass er sämtliche vertrauliche Informationen nach den Maßgaben dieser Ziffer und den Weisungen des Offenlegenden vollständig und unwiderruflich gelöscht hat.

6. Die vertraulichen Informationen bleiben Eigentum des Offenlegenden. Durch diese Vereinbarung erhält der Empfänger weder unmittelbar noch mittelbar einen Anspruch auf Einräumung oder Übertragung irgendwelcher Rechte, insbesondere Patent- oder Lizenzrechte, an den vertraulichen Informationen.

Der Offenlegende haftet weder für die Vollständigkeit oder Richtigkeit der offengelegten vertraulichen Informationen noch für eventuelle Schäden des Empfängers infolge des Gebrauchs der offengelegten vertraulichen Informationen.

7. Die Parteien stimmen überein und erklären, dass diese Vereinbarung keine Be- oder Einschränkung einer Partei hinsichtlich der Nutzung oder Offenlegung eigener vertraulicher Informationen begründet.
8. Bei der Fernwartung mehrerer Kunden und Kundinnen durch Dienstleistende ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Netzwerke der jeweiligen Kunden strikt voneinander getrennt bleiben.
Es muss durch Dienstleistende gewährleistet sein, dass bei allen Fernwartungsprozessen eine vollständige Isolation der Netzwerke sichergestellt wird.
9. Diese Vereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft und endet drei (3) Jahre nach Beendigung der Maßnahme.

10. Die Geheimhaltungsverpflichtung, die dem Empfänger in diesem Vertrag auferlegt wird, gilt auch nach Beendigung dieses Vertrages weiter, solange die Vertrauliche Information nicht offenkundig geworden ist, wofür der Empfänger die Beweislast trägt.
11. Für jeden Verstoß des Empfängers oder einer seiner Mitarbeiter gegen die Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist die Rheinbahn berechtigt, vom Empfänger nach billigem Ermessen die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 100.000,00 EUR zu fordern. Die Grundsätze des Fortsetzungszusammenhangs sind ausgeschlossen. Mit der Zahlung der Vertragsstrafe wird die Geltendmachung des Anspruchs auf Unterlassung oder eines darüberhinausgehenden Schadensersatzes nicht ausgeschlossen. Die Vertragsstrafe wird auf einen möglichen Schadensersatz angerechnet.
12. Sollten im Rahmen der Maßnahme möglicherweise auch Einblicke in personenbezogene Daten erfolgen, verpflichtet sich der Empfänger zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Bestimmungen des Datenschutzes.

In diesem Fall stimmt der Empfänger bereits jetzt dem Abschluss einer ergänzenden vertraglichen Vereinbarung im Sinne der Auftragsdatenverarbeitung, gem. den rechtlichen Erfordernissen aus Art. 28 DSGVO, zu.

13. Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des internationalen Privatrechts.
14. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten in Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist Düsseldorf.
15. Diese Vereinbarung ist für die Parteien und ihre Rechtsnachfolger bindend. Keine Partei darf diese Vereinbarung oder empfangene vertrauliche Informationen ohne die vorherige schriftliche Zustimmung der anderen Partei abtreten.
16. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung oder eine künftige Ergänzung ganz oder teilweise, jetzt oder in Zukunft, nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen der Vereinbarung nicht berührt werden.
17. Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung (einschließlich dieser Schriftformklausel) bedürfen der Schriftform, sofern nicht eine strengere Form gesetzlich vorgeschrieben ist.

Ort, Datum

Unterschrift in Textform gem. § 126 b BGB